

Wie viel Ungleichheit erträgt unsere Gesellschaft?

Der soziale Zusammenhalt ist zunehmend gefährdet. Durch die wirtschaftlichen Ungleichheiten sind wir nicht nur in unserer Solidarität, sondern auch in der Demokratie herausgefordert. *Von Theo Bühlmann*

«Alle Menschen sind gleich – einige sind gleicher!» So oder ähnlich äussern sich Zeitgenossen angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung. Dabei werden Menschen(gruppen) von unterschiedlichen Bereichen ausgeschlossen, andere erhalten zusätzlich Einfluss und Macht.» So war das Thema «Neue Eliten» des *Brennpunkts Sozialethik 2008* in der Einladung des KAB-Sozialinstituts umschrieben. Eine ansehnliche Schar war ins Quartierzentrum Aussersihl Zürich gekommen. Sozialinstitutsleiter Thomas Wallimann-Sasaki begrüsst als Referent und Gesprächspartner Prof. Dr. Ueli Mäder, Soziologe an der Universität Basel und Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät. Er wurde vor allem durch seine Studien zu Reichtum und Armut bekannt.

Konzentration der Vermögen

Der grosse Reichtum in der Schweiz konzentriert sich auf relativ wenige Familien und Personen, erklärte Ueli Mäder in seinem Eingangsreferat. Laut eidgenössischer Steuerverwaltung (2006) besitzen 163'000 Millionäre mit 540 Milliarden Franken insgesamt mehr als die restlichen 4,2 Millionen Steuerpflichtigen. Drei Prozent von ihnen haben so viel Nettovermögen wie die restlichen 97 Prozent. 68 Prozent der Steuerpflichtigen haben kein steuerbares Nettovermögen und besitzen gerade mal sechs Prozent des gesamten Vermögens. Bei denjenigen mit steuerbarem Nettovermögen habe sich dieses im Kanton Basel-Stadt in 10 Jahren mehr als vervierfacht.

Wachsende Empörung

Auf der andern Seite stehen die Working Poor. Während bei der ersten Armutsstudie 1991 die Bereitschaft gross war, alles auf die eigene Schulter zu nehmen, stellt Mäder bei neueren Studien fest, dass sich kritische Stimmen häufen; die Empörung nimmt zu. Flexible und mobile Leute aus dem Mittelstand würden heute besonders bestraft, betonte der Referent. Bis vor fünf Jahren konnte man sagen: 90 Prozent derjenigen, die sich beruflich veränderten, verbesserten ihr Haushaltsvermögen. Aber seither ist es zurückgegangen. Der Soziologe ist überzeugt, dass «die soziale Brisanz zunimmt», insbesondere darum, weil gleichzeitig «das gesellschaftliche und politische Korrektiv» abgebaut wird. Ein Teil der Leute erfährt sie als Rückenstärkung, um sich für eigene Interessen einzusetzen. Ein anderer Teil wird umso anfälliger für neopopulistische, einfache Rezepte. Mäder sieht für die nächsten Jahre die Gefahr eines gesellschaftlichen Vakuums, in dem autoritäre und fundamentalistische Kreise Auftrieb bekommen.

Verändern Eliten den Staat?

Thomas Wallimann: Grundsätzlich leben wir in einer Demokratie, für die Eliten eine gewisse Gefahr darstellen: Eine kleine Gruppe bekommt viel Einfluss und Macht, welche die Gleichheitsforderung in Frage stellt. Wie nehmen Sie das wahr?

Ueli Mäder: Die Brisanz in der Schweiz nimmt in einer insgesamt komfortablen Situation zu. In 100 Jahren hatten wir eine Verachtfachung der Kaufkraft. Dennoch verursachen die rezessiven Einbrüche der letzten Jahrzehnte strukturelle Erwerbslosigkeit und das Auseinanderdriften bei Vermögen und Löhnen. Wir haben zwar ein gutes System der sozialen Sicherung, aber es hält mit dem raschen Wandel der Lebenssituationen nicht Schritt. Ich habe schon den Eindruck: Jetzt geht die Schere Arm-Reich zu weit auseinander. Mich stimmt kritisch, dass der Blick fürs Öffnen dieser Kluft wenig vorhanden ist.

Gibt es destruktive Eliten, die sich langsam über die Gesellschaft erheben und eine schlechte Wirkung entfalten?

Ein sehr reicher Schweizer erzählte mir, er sei in seiner Gemeinde ehrenamtlicher Präsident der Sozialhilfebehörde. Ihm fiel der Reichtum durch Erben in den Schoß – aber nun zieht er gegen die so genannten Sozialschmarotzer her und will dafür sorgen, dass keiner mehr den Staat ausnützt. Er ist blind für den eigenen Teil. Aber es gibt insgesamt den gesellschaftlichen Mechanismus einer täglichen Entsolidarisierung, der so angelegt ist, dass diejenigen, welche schon haben, *wieder* bekommen! Wir alle erfahren in der Schule oder am Arbeitsplatz: Wenn sich die Konkurrenz verschärft, haben wir einen Vorteil, wenn es die andere Person nicht schafft. – Ein anderes Beispiel eines «Solidaritätsverständnisses» bekam ich von einem Reichen in der Ostschweiz: Er hatte die grösste Freude, mir stolz und ausführlich zu erklären, wie viele Millionen er am Fiskus vorbeischieffelt.

«Wer sind denn die Leute, die Aktien von Unternehmen kaufen, bei denen Angestellte entlassen wurden?» fragte eine Teilnehmerin aus dem Publikum. Sie habe herausgefunden, dass es teilweise dieselben Leute sind, die an gewerkschaftlichen Anlässen teilnehmen, aber bei Aldi einkaufen und an der Börse spekulieren. «Sie könnten selber arbeitslos werden, wenn Arbeitsplätze zur Steigerung des Shareholder Value gestrichen werden», gab die Frau zu bedenken. «Da komme ich nicht mehr mit. Darin liegt ein Teil meiner Empörung!»

Solidarität selber leben

Alex Krauer, langjähriger Verwaltungsratspräsident der Novartis, habe gesagt, eine starke Wirtschaft brauche einen starken Staat, um Verbindlichkeiten auszuhandeln. «Die Sozialprinzipien der katholischen Soziallehre sind diesbezüglich ganz zentral und wertvoll», betonte Mäder. «Aber ohne Solidarität gibt es keine Subsidiarität. Selbstorganisation kann nur zum Tragen kommen, wo es auch eine gute soziale Infrastruktur gibt. Ein gutes Zusammenleben hat auch viel damit zu tun, dass es Abertausende von Leuten gibt, die sich im Hintergrund aus einem Selbstverständnis heraus bescheiden und sozial verhalten. Statt den Stab über die andern zu brechen, ist oft besser zu schauen, wie wir es selber machen, so dass wir uns am Abend gerne im Spiegel sehen.»

Wichtigkeit des Staates

Nach der Rolle des Staates gefragt, sagte Ueli Mäder: «Wenn wir eine Aufweichung von gesellschaftlichen und politischen Regulierungen haben, dann setzen sich diejenigen umso mehr durch, die privat besonders mit Ressourcen ausgestattet sind. Da habe ich doch mehr Vertrauen in einen Staat, der nicht zu kontrollierend und zu überbergewichtig wird, weil ein demokratisches Korrektiv besteht».

Mäders anderer Schwerpunkt ist seine Arbeit am Zentrum für Konfliktanalyse und Konfliktbewältigung. Da gibt er auch immer wieder Kurse und wird auch von der Wirtschaft eingeladen. Kürzlich tagte er mit zwölf Leuten vom obersten Management

eines 50-Milliarden-Konzerns während zweier Tage hinter verschlossenen Türen auf der Riederalp. «Wenn ich bei ihnen schaue, welches Konfliktverständnis und welche soziale Kompetenz sie haben, dann läuft es mir manchmal kalt den Rücken hinunter. Es sind Manager, die zum Teil blind für ihre Konflikt-Anteile sind und Kritik an die eigene Adresse nicht reflektieren. Mich erschüttert, wie Leute im Konfliktbereich, der ja auch ganz zentral ist, fast ein wenig Analphabeten sind – aber tagtäglich in den Medien auftauchen und eine hohe Verantwortung haben.» Und Mäder setzt hinter die Überzeugung, man müsse sich an der Wirtschaft orientieren, ein grosses Fragezeichen. «Wenn ich sehe, wie je nachdem Abermillionen auf Fehlentscheide hin ohne grosse Transparenz in den Sand gesteckt werden, dann muss ich sagen: Das könnte sich ein Staat oder eine öffentliche Verwaltung nie erlauben.»

Zukunftsperspektiven

Für Ueli Mäder ist es zentral, «den Hebel bei der Verteilung der Erwerbsarbeit, aber auch bei der Haus-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit anzusetzen – und vor allem die unteren Einkommen anzuheben. Und weil der Gesellschaft die Erwerbsarbeit ausgeht – wobei ein Arbeitsloser der Gemeinschaft viel weniger kostet als ein Reicher, der die Ramschproduktion anheizt – müssen wir Formen finden, um ein gewisser Teil der Erwerbsarbeit vom Einkommen zu entkoppeln. Wir sollten die Grundversicherung so ausweiten, dass mit dem Mechanismus von Ergänzungsleistungen Haushalte mit Kindern und mit zu wenig Einkommen einfacher eine Rückendeckung haben. Das käme sehr viel günstiger. Man hat berechnet, dies würde etwa 2,4 Milliarden oder 0,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes kosten; viele andere Ausgaben könnten eingespart werden. Ich wünschte mir auch verschiedene Formen von Sozialzeit, so dass möglichst viele Menschen einen Einblick in Lebensrealitäten von Benachteiligten bekommen.»

Separat 1:

Ueli Mäder

Prof. Dr. Ueli Mäder ist Ordinarius für Soziologie an der Universität Basel und Dekan der Philosophisch-Historischen Fakultät. Er lehrt auch an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die soziale Ungleichheit und die Konfliktforschung.

Separat 2:

KAB-Sozialinstitut

Das Sozialinstitut der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung der Schweiz (KAB) baut an einer Welt mit, in der gesellschaftliche Strukturen der ganzheitlichen Entfaltung des Menschen dienen. Es hilft über die ethische Dimension gesellschaftlicher Strukturen nachzudenken und diese menschengerecht zu gestalten. Das KAB-Sozialinstitut fordert Frauen und Männer aus Kirche, Wirtschaft und Politik zu ethisch verantworteten Entscheiden im Kontext von Arbeit und Arbeitswelt heraus und unterstützt sie bei ihrer Suche.

Hinweis: www.sozialinstitut-kab.ch

Hinweis für Redaktionen: Bilder der Veranstaltung können bei Theo Bühlmann bestellt werden unter: at.buehlmann@bluewin.ch oder Telefon 041 933 13 23.